

This is a Preprint.

Thurner, P. W., Mauerer, I., & Binder, M. (2012). "Parteienspezifisches Issue Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009." *German Political Science Quarterly, Politische Vierteljahresschrift Special Issue 45 Wahlen in Deutschland*, edited by R. Schmitt-Beck, Baden-Baden: Nomos, 302–320. doi.org/10.5771/9783845262178\_309

## **Parteienspezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009**

*Paul W. Thurner, Ingrid Mauerer, Martin Binder*

### **1. Einleitung**

Die Bedeutung sogenannter Issues für das Wahlverhalten ist ein Thema, das die Wahlforschung seit Jahrzehnten beschäftigt. Der Begriff „Issue-Voting“ bezieht sich auf Wahlentscheidungen, die an politischen Sachfragen orientiert sind, auf die also politische Sachfragen einen auch bei statistischer Kontrolle anderer entscheidungsrelevanter Faktoren nachweisbaren Einfluss ausüben. Dass Sachfragen in dieser Weise für das Stimmverhalten bedeutsam werden können, darf als erwiesen gelten. Diskutiert wird jedoch, über welche Mechanismen dies geschieht. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf das auf Downs (1957) zurückgehende Distanzmodell des Issue-Voting (siehe auch Pappi/Brandenburg im vorliegenden Band) und geht einer Frage nach, die bislang nur unzureichend erforscht worden ist: Lassen sich parteienspezifisch variierende Issue-Reaktionen der Wähler feststellen? Er bezieht sich damit auf eine in jüngerer Zeit an Bedeutung gewinnende Debatte, welche auf die Möglichkeit aufmerksam macht, dass die Effekte von Orientierungen gegenüber politischen Sachfragen nicht in homogener Weise das Verhalten sämtlicher Wähler bei allen Wahlen kennzeichnen, sondern konditionaler Natur sind, d.h. von bestimmten Bedingungen abhängen. Im Besonderen geht es uns dabei um die Frage, ob die Bedeutung des Issue-Voting nach bestimmten Merkmalen von Parteien variiert.

Wir nehmen an, dass Issue-Distanzen im Hinblick auf die Wahl von Oppositionsparteien eher eine bedeutsame Rolle spielen als bezüglich der Wahl von Regierungsparteien. Zudem erwarten wir, dass Parteien, die polare Positionen bezüglich eines Issues einnehmen, eher aufgrund von Issue-Distanzen gewählt werden als Parteien mit moderaten Positionen, denn man kann davon ausgehen, dass sie ihre Positionen in der Regel zugespitzt und daher einprägsamer vertreten werden. Schließlich vermuten wir, dass Issue-Voting für kleine Parteien bedeutsamer ist als für große (Volks-)Parteien, weil sie sich in der Regel einer weniger heterogenen Wählerschaft gegenübersehen und daher ihre

Issue-Positionen eindeutig formulieren können, während Großparteien auf Grund ihres heterogeneren Wählerpotentials ihre Positionen mit Bedacht formulieren und dabei oft ambivalent bleiben müssen.

Im Folgenden setzen wir uns zunächst konzeptionell mit dem Begriff des Issue-Voting auseinander. Im Hinblick auf neuere Forschungsarbeiten zeigen wir systematische Blindstellen der Literatur auf und schlagen eine Reihe von Hypothesen zum Auftreten parteispezifischer Issue-Effekte vor. Nach einem knappen Überblick der existierenden Forschung zur Bedeutung von Positionsisues bei Bundestagswahlen folgt ein Abschnitt, in dem unsere Analysestrategie und das unseren Auswertungen zugrundeliegende statistische Modell dargelegt werden. Anschließend werden die Hypothesen am Beispiel der Bundestagswahlen 2002 bis 2009 überprüft. Ein zentrales Ergebnis unserer Studie ist, dass insbesondere Polarisierungsstrategien von Parteien dem Issue-Voting zuträglich sind.

## 2. Issue-Voting: Konzeptualisierung und Hypothesen

Was ist unter Issue-Voting zu verstehen (vgl. z.B. Rusk 1987; Schmitt-Beck 2008)? Insbesondere die deutschsprachige Literatur hat zu dieser Frage eine Reihe sinnvoller begrifflicher Differenzierungen bereitgestellt, an denen man sich orientieren kann.<sup>1</sup> Issue-Voting bezeichnet demgemäß an politischen Sachfragen orientierte Wahlentscheidungen, d.h. politische Sachfragen haben einen bei Kontrolle anderer entscheidungsrelevanter Faktoren nachweisbaren Einfluss auf das Stimmverhalten. Politische Sachfragen mit unterschiedlichen Standpunkten werden als Positionsisues bezeichnet: „Positionsisues sind politische Sachfragen, für die unterschiedliche Lösungen im Sinn von Policy-Instrumenten denkbar sind, wobei die Parteien tendenziell verschiedene Standpunkte, Positionen, einnehmen können.“ (Pappi/Shikano 2001: 315) Roller (1998) schlug demgemäß den Begriff „positionsbasierte Sachfragen“ vor. In der Umfragepraxis wird konventionell unterstellt, dass Einstellungen zu Positionsisues mittels eindimensionaler, bipolarer Skalen abgebildet werden können.<sup>2</sup>

Wir konzentrieren uns in diesem Beitrag auf die sogenannte räumliche Konzeption an Issues orientierter Wahlentscheidungen, die sich auf Positionsisues und die hierauf bezogenen Distanzen zwischen den präferierten Issue-Positionen (Idealpunkten) der Wähler und den von diesen wahrgenommenen Positionen der

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die nützliche Überblicksdarstellung bei Falter/Schön (2005: 226-234); Klassifikationen von Sachfragenorientierungen werden u.a. bei Fuchs/Kühnel (1994), Roller (1998) und Pappi/ Shikano (2001) diskutiert.

<sup>2</sup> Dass dies nicht die einzige Möglichkeit der Messung von Einstellungen zu Positionsisues ist, zeigen Bemühungen zur Übertragung der Conjoint-Analyse auf *issue*-bezogene Fragestellungen der Wahlforschung (vgl. Klein 2006), aber auch neuere Entwicklungen in der US National Election Study.

verschiedenen Parteien stützt. Auf ihrer Grundlage können die Reaktionen der Wähler auf die Issue-Positionen der Parteien bestimmt werden. Ziel der Analyse des so verstandenen Issue-Voting ist es, möglichst präzise zu bestimmen, welche Auswirkungen die Entscheidung einer Partei, eine bestimmte Politikposition einzunehmen, bei Wahlen auf die Stimmenanteile dieser Partei und ihrer Konkurrenten hat.

Gemäß Downs' (1957) ökonomischer Theorie der Demokratie, welche für diese Sichtweise grundlegend ist, geht man davon aus, dass Parteien bzw. Kandidaten bei Wahlen positional unterscheidbare Politikangebote machen und die Wähler entsprechend ihrer positional bestimmbar Politikpräferenzen zwischen diesen Angeboten eine Auswahl treffen. Downs schlug in diesem Zusammenhang vor, sich die Links-Rechts-Dimension als übergreifendes Meta- oder Super-Issue vorzustellen, weil die Parteien versuchen, bezüglich spezifischer Sachfragen so konsistent aufzutreten, dass sich die Wähler allein durch eine Orientierung am Parteinamen und der Verortung dieser Partei auf der Links-Rechts-Achse ausreichend über alle konkreten Issues informiert fühlen können (siehe dazu Neundorf in diesem Band). Allerdings gelingt es den Parteien in hochgradig differenzierten, modernen Demokratien mit komplexen Mehrparteiensystemen offensichtlich immer weniger, konsistente „Politik-Pakete“ anzubieten, die sich auf niedrig dimensionierte ideologische Polarisierungen zurückführen lassen. Insofern ist eine Fokussierung auf entscheidungsrelevante Effekte einzelner Issues heute wichtiger geworden.

Dem Modell Downs' ist kritisch entgegengehalten worden, dass der politische Wettbewerb nicht so sehr über von verschiedenen Parteien zu denselben Sachfragen vorgeschlagene, sich ausschließende Policy-Alternativen stattfindet, sondern über das langfristige selektive Hervorheben bestimmter Issues, durch welches es manchen Parteien gelinge, als „Eigentümer“ dieser Issues wahrgenommen zu werden (vgl. Budge/Farlie 1983; Petrocik 1996). Die Parteien erlangten auf diese Weise eine langfristige Reputation im Sinne einer systematisch erhöhten Lösungskompetenzzuschreibung für bestimmte Issues bzw. ganze Politikfelder wie z.B. die Sozial- oder die Wirtschaftspolitik. Diese würde zur Grundlage von Wahlentscheidungen, wenn die betreffenden Sachfragen bei einer Wahl besonders akzentuiert seien. Die Vertreter dieser Sichtweise heben hervor, dass diese an sogenannten Valenzissues orientierte Entscheidungsfindung seitens der Wähler weniger kognitive Leistungen erfordere als die räumliche Entscheidung, die sich auf den Vergleich aller Parteien im Hinblick auf alle kontroversen Optionen einer jeden Sachfrage stützen muss. Dem halten wir jedoch entgegen, dass die Stilisierung oder gar Reifikation von Issues zu Valenzissues wenig sinnvoll ist, weil die Parteien in der Regel als allgemein anerkannte Globalziele nicht abwerten (z.B. wird keine Partei im Wahlkampf behaupten, dass Energiesicherheit ein abzulehnendes politisches Ziel sei), sondern ihren Wahlkampf immer auch über positionale Unterschiede im Hinblick auf Teilziele austragen, die eine Voraussetzung zur Erreichung der betreffenden Globalziele darstellen. Sie repräsentieren die Mittel, welche notwendig sind, um Globalziele wie die Vermeidung von Arbeitslosigkeit

oder Energiesicherheit zu realisieren. Selbst bei einhelliger Zustimmung zu den angestrebten Globalzielen folgt der Wettbewerb, der über die Mittel ausgetragen wird, die zu ihrer Erreichung angemessen sind, sehr wohl der Logik von Positionen. Nur selten werden solche Globalziele selbst explizit und direkt gegeneinander abgewogen (z.B. Inflation versus Arbeitslosigkeit, Umweltschutz/Klimaschutz versus Wirtschaftswachstum).

In der Perspektive dieses „Issue Ownership“-Ansatzes stellt sich der Parteienwettbewerb als systematisches „Aneinander-Vorbeireden“ im Sinne eines (anhand von Lautstärke und Häufigkeit) stärker oder geringer ausgeprägten Thematisierens unterschiedlicher Issues dar. Dieser Vorschlag war sicherlich schon zur Zeit seiner erstmaligen Publikation zu sehr zugespitzt, ist es aber heute umso mehr. Viele Politikfelder bzw. Issues sind und waren oft in der Tat immer schon im „Streubesitz“. In der Regel haben Parteien in modernen, hochgradig differenzierten Gesellschaften eine Reihe, wenn nicht gar die gesamte Bandbreite von Issues „im Angebot“. Der analytische Status retrospektiver Performanzbeurteilungen und prospektiver Kompetenzzuschreibungen durch die Wähler ist zudem nicht vollkommen getrennt von Issue-Positionierungen der Parteien zu sehen. Eine allein an statistischen Kriterien (z.B. größeren statistisch signifikanten Effekten oder Varianzerklärungsbeiträgen von Kompetenzzuschreibungen im Vergleich zu Issue-Distanzen) interessierte Analyse erlaubt somit für sich noch keine sinnvolle Aussage über die Präponderanz des einen im Vergleich zum anderen Ansatz.<sup>3</sup>

Im Folgenden betrachten wir allein die Positionierungen der Parteien zu kontroversen Sachfragen bzw. zu Sachfragen, bei denen die Parteien möglicherweise einer Meinung sind, die Wähler allerdings andere Positionen bevorzugen. Retrospektive Leistungsbewertungen bleiben ebenso wie prospektive Kompetenzvermutungen oder -zuschreibungen unberücksichtigt, wenngleich sie theoretisch wie empirisch eine wichtige Rolle spielen. Wichtig ist, dass bezüglich einer Sachfrage mindestens die beiden Optionen der Beibehaltung des (rechtlichen) Status Quo oder seiner Überwindung gegeben sind. In der Regel werden aber alle Parteien versuchen, zu einer Sachfrage distinkte und diskrete eigene Alternativen vorzuschlagen. Bei Positionen mit kontinuierlichem Charakter, etwa der Frage nach der richtigen Höhe der Bildungsausgaben, kann es natürlich beliebig viele Alternativen geben. Die bezüglich einer Sachfrage existierenden Alternativen lassen sich zumindest in eine Rangordnung (etwa im Sinne von mehr/weniger oder moderater/radikaler) bringen.

Allerdings ist die Eindimensionalität einer solchen Rangordnung oft durchaus

---

<sup>3</sup> Derzeitiger Praxis gemäß werden in Wahlumfragen typischerweise für manche (i.d.R. wenige)

Sachthemen die Einstellungen zu unterschiedlichen Policy-Optionen abgefragt, für andere – in der Regel sehr gewichtige wie Wirtschaft oder Arbeitslosigkeit – hingegen Kompetenzeinschätzungen, und es wird implizit unterstellt, dass es sich im letzteren Falle für die Wähler und Parteien um Valenzissues handle.

problematisch. Selbst bezüglich eines „leichten“ Issues (Carmines/Stimson 1980) wie der Kernenergie, lassen sich eine Vielzahl gleichzeitig diskutierter Optionen unterscheiden, wie etwa die Aspekte der Laufzeit von Kernkraftwerken, der Endlagerung des nuklearen Abfalls, des Neubaus von Kernkraftwerken u.a., die sich nur schwerlich auf einer einzigen Dimension in eine Rangordnung bringen lassen. Die typischen Issue-Skalen, die in der Wahlforschung seit Anfang der 1970er-Jahre für die Erhebung von Policy-Präferenzen der Wähler und perzipierten Policy-Positionen der Parteien verwendet werden, stellen daher bereits eine Vereinfachung dar: Häufig decken sie recht eigentlich ganze Politikbereiche ab („Kernenergiepolitik“, „Immigrationspolitik“ usw.). Eine noch weitergehende Aggregation politischer Sachdivergenzen stellt die von Downs (1957) vorgeschlagene Integration aller politikfeldbezogenen Kontroversen in einer einzigen Links-Rechts-Dimension dar. Ihr liegt – wie schon erwähnt – der Gedanke zugrunde, dass die Parteien die Vielzahl ihrer Positionierungen zu Sachfragen in einem über- greifenden Super-Issue zusammenführen müssen, um ideologisch konsistente Politikprogramme anbieten zu können und damit den Wählern hohe kognitive Kosten bei ihrer Entscheidung zu ersparen. Enelow/Hinich (1984) und in der Folge Pappi (1989, 1992) haben diese Annahme in eine empirisch testbare Hypothese umgeformt. In ihrem neodownsonianischen Ansatz untersuchen sie, ob auf der Basis einer Menge von Issue-Skalen ein- bzw. mehrdimensionale ideologische Räume rekonstruierbar sind. Diese Modelle haben zwar einen hohen deskriptiven Wert, ihr analytisch-prädiktiver Wert ist jedoch gering geblieben.

Die spezielle Form der Nutzenfunktion, die dem Issue-Voting zugrunde liegt, ist nicht unumstritten geblieben; besondere Beachtung hat in diesem Zusammen- hang das als Alternative zum Distanzmodell propagierte direktionale oder Richtungsmodell gefunden (vgl. Rabinowitz/McDonald 1989; siehe auch Alvarez/Brehm 2002 oder auch etwa Shikano/Behnke 2009). Eine der wichtigsten jüngeren Entwicklungen in der Analyse des am Distanzmodell orientierten Issue-Voting ist die viel beachtete Arbeit von Adams u.a. (2005). Sie hat zu beachtlichen Revisionen der Erwartungen im Hinblick auf die von den Parteien vorgenommenen Positionierungen geführt. Eine unreflektierte Übernahme dieses Ansatzes läuft aber Gefahr, zu übersehen, dass er gewichtige Annahmen enthält, die man zwar so treffen kann, aber nicht muss und zum Teil vielleicht auch gar nicht treffen sollte. Die Autoren gehen nämlich – ebenso wie frühere Ansätze – u.a. durchweg davon aus, dass die Wähler *identisch* auf Positionierungen aller Parteien bezüglich eines Issues reagieren. Möglicherweise variieren die Issue-Reaktionen der Wähler jedoch nach Parteien (vgl. Budge/Farlie 1983; Petrocik 1996; Thurner 1998, 2000; Kriesi/Sciarini 2004 mit unterschiedlichen Akzentuierungen). Auch de Vries (2010a, 2010b; de Vries/Tillman 2011) hat jüngst argumentiert, dass Issue-Reaktionen der Wähler konditionaler Natur sind. Sie hebt dabei auf Strukturmerkmale des Parteienwettbewerbs ab. Issue-Effekte sollten v.a. bei hoher Polarisierung und Mobilisierung seitens der Parteien zu beobachten sein. Für nicht homogen auftretende Parteien sind hingegen keine Issue-Effekte zu erwarten. Das Neuartige dieser Überlegungen besteht darin, dass die Bedeutung von Issues für Wahlentscheidungen nicht allein auf das kognitive

Kalkül der Wähler zurückgeführt wird; vielmehr wird auch den Issue-Kampagnen der Parteien und der spezifischen Logik des Parteienwettbewerbs ein wichtiger Stellenwert zugesprochen. Insgesamt geben diese Arbeiten deutliche Hinweise, dass die Problematik der Konditionalität von Issue-Voting insbesondere unter dem Aspekt der Bedingungen parteispezifischer Issue-Reaktionen weitere Beachtung verdient.

### 3. Hypothesen

Wenn wir die Prämisse akzeptieren, dass Issue-Voting im Sinne des räumlichen Modells konditionaler Natur ist und insbesondere nicht für alle Parteien in derselben Weise auftritt, dann stellt sich die Frage, von welchen Bedingungen Issue-Effekte abhängen. Kriesi und Sciarini formulieren konzipiert die folgenden Bedingungen: “[O]nly issues that are highly familiar and polarizing, and which address a program of the highest priority, have a strong short term impact on voting choices.” (Kriesi/Sciarini 2004: 727) Es sollte sich also um Issues handeln, welche die höchste Priorität auf der öffentlichen Agenda einnehmen, der Öffentlichkeit wohl bekannt und hoch polarisierend sind. Neben der grundsätzlichen Frage, ob diese Issues das Wahlverhalten tatsächlich in besonderem Maße beeinflussen, wäre es aber darüber hinaus von großem Interesse, zu wissen, ob die Issue-Positionen bestimmter Parteien besonders wahrgenommen werden. In Mehrparteiensystemen müssen ja nicht alle Parteien gleichzeitig und in derselben Weise sichtbare Positionierungen bezüglich ein und derselben Issues vornehmen. Auch sind nicht alle Parteien gleich erfolgreich in ihrer Wahlkampfführung.

Wir gehen im Folgenden von der Annahme aus, dass parteispezifische Issue-Reaktionen der Wähler regelmäßig auftreten. Parteispezifische Issue-Reaktionen erwarten wir insbesondere im Hinblick auf (a) Parteien, die polare Positionen einnehmen, (b) Oppositionsparteien sowie (c) kleine Parteien. Wir begründen diese Erwartungen wie folgt: Polare Positionen sind öffentlich sichtbar und erlauben es den Wählern besser, die Angebote der Parteien klar voneinander zu unterscheiden (vgl. Kriesi/Sciarini 2004; Rabinowitz/MacDonald 1989; siehe auch Pappi/Shikano 2001: 337). Anders gesagt: Zentrifugaler Parteienwettbewerb wird als effektiver im Hinblick auf die Aufmerksamkeit für die Positionen der Parteien angesehen (vgl. Rabinowitz/MacDonald 1989). Was Oppositionsparteien anbelangt, ist festzuhalten, dass diese aufgrund ihrer Funktion als Herausforderer mit dem Ziel, die Regierung abzulösen, aber auch wegen der mit ihrer Rolle zusammenhängenden Kommunikationsnachteile einen größeren Anreiz haben, Issues zu thematisieren und die Regierungsparteien anzugreifen (vgl. Benoit 2007). Auch können sie sich nur hypothetisch, nicht jedoch unter Verweis auf tatsächliche Leistungen auf Issue-Kompetenzen berufen, weil sie ja mangels politischer Gestaltungsmacht hierfür keinen Nachweis antreten können. Aus diesen Gründen liegt es für Oppositionsparteien nahe, ihre Kommunikation auf alternative Politikpositionen zu konzentrieren. Kleine Parteien haben eine homogenere Klientel, müssen daher weniger rhetorische Kompromisse

im Hinblick auf ihre Positionen eingehen und können infolgedessen eindeutigere Issue-Signale senden als Großparteien. Daher erscheinen Issue-Reaktionen im Wahlverhalten für sie eher wahrscheinlich. Befunde von Klingemann/Taylor (1977) und Jagodzinski/Kühnel (1990), die zeigen, dass Entscheidungen für die FDP und die Grünen besonders stark von Sachfragenorientierungen beeinflusst wurden, stützen diese Annahme.

Gestützt auf diese Überlegungen legen wir den nachfolgend dargestellten Analysen vier Hypothesen zugrunde. Als Ausgangspunkt wählen wir die Nullhypothese, dass sich keine parteienspezifischen Issue-Effekte feststellen lassen (*Hypothese 1*). Dabei müssen folgende beiden Situationen unterschieden werden: dass sich generell keine Issue-Effekte nachweisen lassen oder dass sich ausschließlich identische Issue-Reaktionen bzgl. aller Parteien feststellen lassen. Treten hingegen Effekte bei einer Teilmenge von Parteien auf, ist dies allein bereits ein notwendiger und hinreichender Beleg dafür, dass die Annahme identischer Issue-Reaktionen für alle Parteien nicht zu halten ist. Drei der Nullhypothese widersprechende gerichtete Hypothesen lassen Issue-Reaktionen der Wähler insbesondere im Hinblick auf Parteien mit bestimmten Eigenschaften erwarten: für Parteien, die bei einem Issue polare Positionen einnehmen (*Hypothese 2*), für Oppositionsparteien (*Hypothese 3*) und für kleine Parteien (*Hypothese 4*).

#### **4. Issue-Voting bei Bundestagswahlen**

Die Bedeutung positionsbasierter Sachfragen bei Bundestagswahlen wurde bereits mehrfach erforscht. Im Folgenden wird ein Überblick dieser Studien gegeben, der die empirischen Resultate unter methodischen und inhaltlichen Gesichtspunkten kritisch durchleuchtet sowie die angewandten Analysetechniken systematisch diskutiert. In der ersten Analyse von Positionsisues anlässlich der Bundestagswahlen 1972 und 1976 stützt sich Garding (1978) auf Fragen zur Ostpolitik, zum damaligen Abtreibungsparagrafen 218 sowie zum Trade-off zwischen Preisen und Löhnen bzw. Preisen und Arbeitsplätzen. Mittels Kreuztabellierung untersucht er die Wahl der SPD und der CDU/CSU. Insgesamt fällt auf, dass vor 1990 keine multivariaten Analysen der Effekte von Issue-Voting basierend auf Positionsisues vorgelegt wurden. Doch selbst in ihrer Analyse zur Bundestagswahl 2002 verwenden Kunz/Thaidigsmann (2005) noch bivariate Korrelationsanalysen (zu den Issues Kernenergie, Europäische Einigung und Immigration) zwischen Policy-Distanzen und Wahlabsichten. Sie kommen dabei zu dem – wegen des Fehlens statistischer Kontrollen – kaum nachvollziehbaren Schluss, dass diese nur eine sehr nachrangige Bedeutung auf die Wahlentscheidung hatten.

Mittels einer Diskriminanzanalyse identifizieren Eckstein/Pappi (1994) bei ihrer Analyse der Bundestagswahl 1990 in Ost- und Westdeutschland das Asylrecht und die Kernenergiefrage als die wichtigsten Issues. Allerdings haben sie nach Aussagen der Autoren eine geringere Bedeutung für die Erklärung der Unterschiede zwischen

den Wählergruppen als die Kandidatenbewertungen. Fuchs/Kühnelt (1994) erstmalige Verwendung eines konditionalen Logitmodells in der deutschen Wahlforschung ergibt, dass die spezifische Positionsbewertung bezüglich des Issues der deutschen Einigung bei Kontrolle von Links-Rechts-Selbstidentität, retrospektiver Leistungsbewertung der Regierung und Opposition, zugeschriebener Problemlösungskompetenz der Parteien, Kandidateneigenschaften, Kanzlerpräferenz, Parteien- und Kandidatenskalometern sowie Parteiidentifikation keinen eigenen statistisch signifikanten Effekt mehr aufweist. Rattinger (1994) untersucht den Effekt von Parteieigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in einem komplexen, dynamischen Strukturgleichungsmodell. Er berücksichtigt hierbei eine der umfassendsten Fragebatterien zu politischen Streitfragen, die jemals in einer deutschen Wahlanalyse benutzt wurden, und untersucht deren Einfluss auf die Bewertungen der einzelnen Parteien. Allerdings werden dabei keine Aussagen über die relativen Effekte einzelner Issues gemacht. Bei diesem Design zeigen sich deutliche Issue-Effekte, die auch stark zwischen den Parteien variieren.

Turner (1998) verwendet für die Untersuchung der Bundestagswahl 1990 ein konditionales Logitmodell zur Erklärung der Parteiwahl in West- und Ostdeutschland. Kontrolliert nach der Parteiidentifikation, die erwartungsgemäß den stärksten Effekt ausmacht, identifiziert er für Westdeutschland signifikante Effekte aller vier inkludierten Positionsissues, während für Ostdeutschland das Kernenergie-Issue keinen Effekt zeitigt. Im Hinblick auf das Thema Asylrecht zeigen sich parteispezifische Unterschiede in beiden Landesteilen, wobei die Issue-Distanzen zu den Grünen, die bei diesem Issue eine polare Position einnahmen, die höchste Wählerreaktivität zur Folge hatte. Schmitt (1998) verwendet zur Analyse der Bundestagswahlen 1990 und 1994 lineare Regressionsanalysen für Parteienskalometer als abhängige Variablen. Basis ist ein bezüglich der Parteien als Einstellungsobjekte gestapelter Datensatz. Da die Studie auf eine simultane, multivariate Analyse verzichtet, sind die weitgehenden Schlussfolgerungen im Sinne einer Überlegenheit des Michigan-Ansatzes mit seinem Konzept der Issue-Kompetenz empirisch nur bedingt nachzuvollziehen. Turner/Pappi (1998) analysieren die Bundestagswahl 1994 mittels konditionaler Logitmodelle. Die Distanzen bezüglich der Issues Tempolimit, Abhörmaßnahmen bei der Verbrechensbekämpfung, und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind bei Kontrolle nach der retrospektiven Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Regierung und der prospektiven Erwartung der Wirtschaftskompetenz unterschiedlich geführter Regierungen signifikant. Bei verschiedenen Issues zeigen sich parteispezifische Effekte, die teilweise durch die Polarität der Parteipositionen plausibilisiert werden können.

In einem Vergleich mehrerer Bundestagswahlen (1987, 1998, 2002) verwendet Debus (2007) ebenfalls konditionale Logitmodelle. Er kontrolliert extensiv nach anderen Variablen, etwa sozialstrukturellen Merkmalen, aber auch der Parteiidentifikation, der Links-Rechts-Selbsteinstufung sowie der prospektiven

Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die Studie unterstellt durchweg identische Reaktionen der Wähler auf die Issue-Distanzen bezüglich aller Parteien. Zur Berechnung der Distanzen werden allerdings die mittleren perzipierten Positionen der Parteien verwendet, was in der Regel zur Einebnung der Effekte führt, weil das individuelle Kalkül dabei unberücksichtigt bleibt. Für die Bundestagswahl 1987 werden keine separaten Issue-Effekte konstatiert. Für 1998 wird ein Einfluss des Immigrations- und des Kernenergie-Issues bei den ostdeutschen Befragten identifiziert, für die Bundestagswahl 2002 wird wiederum ein separater Einfluss der Positionsisues Europäische Integration, Kernenergie und Immigration im Osten Deutschlands festgestellt.

Dieser knappe Überblick belegt deutliche Fortschritte im Hinblick auf die statistische Modellierung von Issue-Voting. Zunehmend werden konditionale Logitmodelle verwendet, die als einziger Ansatz erlauben, Issue-Distanzen wie auch andere alternativenspezifische Variablen adäquat in einem multivariaten Regressionsmodell zu spezifizieren. Durchgehend lassen die Befunde der skizzierten Analysen Issue-Effekte erkennen. Diese konkurrieren naturgemäß mit wirkungsmächtigeren langfristigen und kurzfristigen Einflussfaktoren, sind aber dennoch offenkundig bedeutsam für das Wahlverhalten und darüber vermittelt für den Ausgang von Wahlen. Vor allem die Issues Kernenergie (vgl. Eckstein/Pappi 1994; Küchler 1994; Thurner 1998, 2000; Thurner/Eymann 2000; Pappi/Shikano 2001; Debus 2007) und Immigration (vgl. Eckstein/Pappi 1994; Thurner 1998, 2000; Pappi/Shikano 2001; Debus 2007) haben sich in zahlreichen Beiträgen als substanziell bedeutsam für das Stimmverhalten erwiesen. Wichtig für das Anliegen des vorliegenden Beitrages ist zudem, dass bereits bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 über die Parteien hinweg variierende Issue-Effekte sichtbar wurden (vgl. Thurner 1998; Thurner/Pappi 1998). Allerdings sind die Herangehensweisen und die Ergebnisse dieser Studien disparat und schwer vergleichbar. Von daher bietet es sich an, unsere Hypothesen für mehrere Bundestagswahlen mit identischem Untersuchungsdesign zu untersuchen.

## 5. Analysestrategie

Der vorangegangene Abschnitt hat gezeigt, wie sich konditionale Logitmodelle im Laufe der Zeit als adäquates Verfahren für die Lösung von Forschungsproblemen wie demjenigen, das uns hier beschäftigt, durchgesetzt haben (vgl. McFadden 1974, 1981; Ben-Akiva/Lerman 1985; für Anwendungen in der Wahlforschung siehe Jagodzinski/Kühnel 1990; Fuchs/Kühnel 1994; Thurner 1998, 2000). Solche Modelle erlauben es, die uns interessierende asymmetrische Salienz, welche die Wähler den Issue-Positionen unterschiedlicher Parteien zumessen, zu modellieren. Sie haben den Vorteil einer mikrotheoretischen Fundierung, die konsistent in das statistische Modell übersetzt wird. Allgemein wird davon ausgegangen, dass der Nutzen einer Alternative  $j$  für den Wähler  $i$  von einer deterministischen Komponente  $V$  und einer stochastischen Komponente  $\varepsilon$  abhängt:

$$U_{ij} = V_{ij} + \varepsilon_{ij}$$

Das führt dazu, dass man nur Wahrscheinlichkeiten der Wahl von Alternativen betrachtet (Random Utility). Diese Wahrscheinlichkeiten drücken unterschiedliche Grade der Vorziehenswürdigkeit von Alternativen aus. Die deterministische Nutzenkomponente wird von individuenspezifischen Merkmalen (z.B. Geschlecht, Einkommen, Einstellungen zu Kandidaten) und alternativenspezifischen Merkmalen (Positionen von Parteien oder Issue-Distanzen zwischen Wählern und Parteien bezüglich eines Issue  $k$  usw.) beeinflusst. Bei den individuenspezifischen Merkmalen unterstellt man eine segmentspezifisch variierende Bewertung von Alternativen. Bei den alternativenspezifischen Merkmalen unterstellt man hingegen die Bewertung eben dieser Merkmale seitens der Wähler. Im Falle sogenannter generischer<sup>4</sup> Merkmalskoeffizienten wird nur ein Parameter für ein alternativenspezifisches Merkmal geschätzt, was impliziert, dass das Merkmal im Hinblick auf alle Alternativen identisch bewertet wird. Ein Beispiel aus der Verkehrsmittelwahl möge das illustrieren: Die Zeit, die man für eine Reise mit dem Verkehrsmittel Eisenbahn benötigt, kann zwar im Prinzip identisch bewertet werden wie die Zeit, die man für dieselbe Wegstrecke mit dem Auto oder dem Bus benötigt. Wir wissen aber aus empirischen Studien, dass die zeitlichen Kosten einer Reise im Zug oder im Auto jeweils anders bewertet werden, weil diese Fortbewegungsmittel zu einem jeweils anderen Empfinden des Vergehens von Zeit führen. Übersetzt auf den hier interessierenden Gegenstandsbereich des Issue-Voting könnte man beispielsweise die These aufstellen, dass Issue-Distanzen bei dem Thema Immigrationsrecht im Hinblick auf die FDP anders bewertet werden als im Hinblick auf die Grünen. Im Folgenden sei dies formal an einem einfachen Beispiel demonstriert, um die Übersetzung in ein empirisches Modell zu verdeutlichen.

$$V_{ij} = \beta_{j0} + \beta_{j1} s_i + \beta_2 z_{ij}$$

$$V_{ij} = \beta_{j0} + \beta_{j1} \text{Kandidat}_i + \beta_2 \text{Issue-Distanz}_{ij}$$

Angenommen, die Nutzenfunktion bestünde aus dem Basisnutzen (der die ungemessenen Nutzenkomponenten enthält, z.B. das Parteienlabel bzw. den Markenwert) einer Partei  $j$ , dargestellt durch die alternativenspezifische Konstante  $\beta_{j0}$ , sowie kandidatenabhängigen Bewertungsunterschieden von Parteien (*Kandidat*) und der Issue-Distanz, die ein Wähler  $i$  zu einer Partei  $j$  bezüglich eines Issue wahrnimmt. Bei statistisch signifikantem generischem Koeffizienten für die Issue-Distanz wurde in der Literatur bislang ohne weitere Problematisierung davon ausgegangen, dass die hierin zum Ausdruck kommende Wähler-Reaktivität für alle Parteien gleichermaßen gegeben sei. Umgekehrt wurde bei statistisch insignifikantem Distanz-Koeffizienten der implizite Schluss gezogen, dass im Hinblick auf alle Parteien kein Issue-Voting vorliege. Beide Schlussfolgerungen sind

---

<sup>4</sup> Dieser Begriff stammt aus der Transportökonomie, die diese Techniken im Wesentlichen geprägt hat, vgl. Thurner (1998, 2006).

aber nicht zwingend korrekt. Es kann nämlich durchaus sein, dass sich Reaktionen im Hinblick auf unterschiedliche Parteien markant unterscheiden oder gar nur im Hinblick auf bestimmte Parteien überhaupt vorliegen. Insbesondere besteht die Möglichkeit, dass der generische Koeffizient statistisch nicht von Null verschieden ist, parteienspezifisch spezifizierte Parameter jedoch sehr wohl. Von daher empfiehlt es sich, die Modellierung so anzulegen, dass diese Möglichkeit empirisch überprüfbar wird, und zwar indem man den generischen Parameter in genannte alternativenspezifische Parameter gleichsam aufspaltet, d.h. für die Issue-Distanzen auf die einzelnen Parteien bezogene, je separate Parameter schätzt. Das Modell, das sich durch eine solche Aufspaltung ergibt, sieht folgendermaßen aus:

$$\begin{aligned}
 V_{iC} &= \beta_{C2} \text{ Issue-Distanz CDU/CSU}_{iC} \\
 V_{iS} &= \beta_{S0} + \beta_{S1} \text{ Kandidat}_i + \beta_{S2} \text{ Issue-Distanz SPD}_{iS} \\
 V_{iF} &= \beta_{F0} + \beta_{F1} \text{ Kandidat}_i + \beta_{F2} \text{ Issue-Distanz FDP}_{iF} \\
 V_{iG} &= \beta_{G0} + \beta_{G1} \text{ Kandidat}_i + \beta_{G2} \text{ Issue-Distanz Grüne}_{iG} \\
 V_{iL} &= \beta_{L0} + \beta_{L1} \text{ Kandidat}_i + \beta_{L2} \text{ Issue-Distanz Linke}_{iL}
 \end{aligned}$$

Die im Folgenden dargestellten Analysen des Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 orientieren sich an dieser Logik.<sup>5</sup> Diese sollen die Frage beantworten, ob sich Wähler insbesondere bei der Entscheidung zugunsten bestimmter Parteien im Sinne des räumlichen Modells an politischen Sachfragen orientieren. Wie im Abschnitt 4 dokumentiert, haben bereits frühere Studien parteienspezifische Issue-Effekte bei Bundestagswahlen festgestellt (Thurner 1998; Thurner/Pappi 1998; Debus 2007). Das spricht bereits gegen unsere Nullhypothese (Hypothese 1). Im Folgenden wollen wir unsere Fragestellung jedoch einem systematischen Test unterziehen, bei dem es nicht nur darum geht, die Existenz parteienspezifischer Effekte zu belegen, sondern überdies auch spezifischere Hypothesen über deren Ursprung zu testen. Wir fokussieren dabei auf Gesamtdeutschland. Ein- bezogen werden alle Positionsissues, zu denen auf Basis der ausgewerteten Wahlstudien Distanzen berechenbar sind (Europäische Einigung (2002, 2005), Immigration (2002, 2009), Steuern und Sozialstaat (2009) sowie Kernenergie (2002, 2005, 2009)).<sup>6</sup> Zur Bestimmung der Distanzen zwischen den Idealpunkten der Respondenten und den Positionen der verschiedenen Parteien verwenden wir jeweils die individuell von den Befragten wahrgenommenen Parteipositionen. Diese Vorgehensweise ist der beispielsweise von Adams u.a. (2005)

---

<sup>5</sup> Verwendete Datensätze: „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 2002 – Vorwahlbefragung“ (ZA3861); „Bamberger Bundestagswahlstudie 2005 – Vorwahlbefragung“ von Hans Rattinger; „German Longitudinal Election Study 2009, Vorwahlbefragung der Komponente 1“ (ZA5300, Pre-Release 1.3).

<sup>6</sup> Fragewortlaute: „Sollte die europäische Einigung so vorangetrieben werden, dass es bald eine gemeinsame europäische Regierung gibt oder geht die europäische Einigung jetzt schon viel zu weit?“; „Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden?“; „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.“; „Sollte die Kernenergie weiter ausgebaut werden oder sollten alle Kernkraftwerke sofort abgeschaltet werden?“. Zur Abfrage dieser Issues wurden in den Bundestagswahlstudien 2002 und 2005 7-Punkte-Skalen, bei der Bundestagswahl 2009 jedoch 11-Punkte-Skalen benutzt.

und Debus (2007) gewählten Alternative der Verwendung von Mittelwerten der Parteipositionen als Referenzpunkten zur Distanzbestimmung überlegen, wie ein Blick auf die Verteilungen der wahrgenommenen Positionen, etwa bezüglich des Issues Kernenergie bei der Bundestagswahlstudie 2009, illustriert (Abbildung 1). Der Box-Plot<sup>7</sup> zeigt, dass den wahrgenommenen Parteipositionen nicht nur eine erhebliche Dispersion innewohnt, sondern dass diese überdies auch noch nach Parteien variiert. Weitere, aus Platzgründen hier nicht wiedergegebene Analysen zeigen zudem, dass selbst die eigenen Wähler die Positionen von Parteien häufig nicht weniger diffus wahrnehmen als die anderen Wähler. Dies hat aber erhebliche Bedeutung für die Bestimmung von Reaktionskoeffizienten und darauf basierenden Gleichgewichtsbedingungen – schließlich sind Perzeptionen verhaltensrelevant.

*Abbildung 1:* Verteilungen individueller Wahrnehmungen der Parteipositionen zum Issue Kernenergie bei der Bundestagswahl 2009

*[hier Abbildung 1 einfügen]*

Im Folgenden schätzen wir für jede der drei Bundestagswahlen jeweils zwei konditionale Logitmodelle, um den Unterschied zwischen generischem und parteispezifischem Issue-Voting herauszuarbeiten. Zur multivariaten Kontrolle der Issue-Effekte verwenden wir die Parteiidentifikation, die wir als Ausdruck einer längerfristigen Neigung und Loyalität zugunsten einer Partei interpretieren, sowie die Präferenzen der Befragten hinsichtlich der jeweiligen Kanzlerkandidaten. Die Parteiidentifikation ist ein relationales Konstrukt: Wähler *i* hat eine Neigung zu einer Partei *j* oder eben nicht. Infolgedessen kann diese Variable ebenfalls wie ein Alternativenmerkmal spezifiziert werden.

## 6. Ergebnisse

Wie zu erwarten, leisten Parteibindungen einen erheblich höheren Erklärungsbeitrag zur Parteiwahl (McFadden-Pseudo- $R^2$  für 2002: .48, 2005: .54, 2009: .49) als die Issue-Distanzen (2002: .23, 2005: .24, 2009: .18). Auch die Bedeutung der Kanzlerkandidaten ist etwas größer (2002: .25, 2005: .39, 2009: .27).<sup>8</sup> Bezüglich der Issue-Effekte ist zunächst hervorzuheben, dass mit Ausnahme des Issues Europäische Einigung im Jahre 2002 sämtliche generischen Issue-Distanzen statistisch signifikant sind; es besteht also ein separater Issue-Effekt bei jeder der drei untersuchten Bundestagswahlen und im Hinblick auf fast alle einbezogenen

---

<sup>7</sup> Die Box wird durch das obere (0.75-Perzentil) und untere Quartil (0.25-Perzentil) begrenzt. Der Punkt in der Box repräsentiert den Median.

<sup>8</sup> Berechnet wurde das Pseudo- $R^2$  für jeweils separat aufgenommene Variablenblöcke (Parteibindung versus Positionsisues versus Kandidateneffekte).

Issues (Tabelle 1). Nach parteispezifischer Aufspaltung des generischen Koeffizienten findet sich aber auch für das Europa-Issue bei der Bundestagswahl 2002 zumindest bei einer Partei, nämlich der PDS, doch noch ein signifikanter Effekt. Ein insignifikanter generischer Koeffizient bedeutet also nicht notwendig, dass Issue-Effekte bei keiner der Parteien vorhanden sind. Eine genauere Inspektion der wahrgenommenen Parteipositionen zeigt, dass diese Partei eine polare Position einnahm, wenngleich eher mittig positioniert auf der Position 4 einer 7-Punkte-Skala, während alle anderen Parteien ungefähr bei der Position 3 wahrgenommen wurden. Allerdings ist die Standardabweichung der wahrgenommenen Positionen bei der PDS noch größer als bei den anderen Parteien. Die Analyse des EU-Issues bei der Bundestagswahl 2005 zeigt zudem deutlich, dass ein signifikanter generischer Koeffizient nicht notwendig auch identische Issue-Reaktionen der Wähler im Hinblick auf alle Parteien bedeuten muss – die Koeffizienten für die Grünen und die PDS sind statistisch insignifikant. Aber auch bei der Aufspaltung der anderen Issue-Distanzen ergeben sich interessante, über Issues und Bundestagswahlen hin- weg variierende Muster. Bezüglich aller hier betrachteten Issues lässt sich zeigen, dass parteispezifisches Issue-Voting gegeben war – Hypothese 1 ist damit zurückzuweisen.

*Tabelle 1:* Generische und parteispezifische Issue-Effekte bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009: konditionale Logitmodelle

*[Tabelle 1 hier einfügen]*

Nur einmal – bezüglich des Kernenergie-Issues bei der Bundestagswahl 2009 – lassen sich für alle Parteien statistisch signifikante Distanz-Effekte feststellen. Offenbar gelang es bei dieser Wahl allen Parteien, distinkte und saliente Positionen zu vermitteln. Alle drei Hypothesen 2 bis 4 können in diesem Falle erhärtet werden. Nur die Effekte für die Wahl der SPD haben wir mit unserer Hypothese nicht vorhergesagt. Die höchsten Issue-Effekte zeigen sich bei den Grünen und der Union als polaren Parteien. In zwei weiteren Fällen, den Issues Kernenergie bei der Bundestagswahl 2002 bzw. Immigration im Jahre 2009, kam es zu einer ähnlich umfassenden salienten Issue-Positionierung von jeweils vier Parteien.

In der Übersichtstabelle 2 stellen wir die geschätzten parteispezifischen Befunde (im Sinne der Richtung und statistischen Signifikanz von Koeffizienten) den von den Hypothesen 2 bis 4 jeweils erwarteten Mustern von Effekten gegenüber. Sofern die Hypothesen zutreffen, werden die Parteienkürzel fett ausgewiesen. Schon der erste Eindruck weist drauf hin, dass vor allem polare Parteien häufig parteispezifische Effekte auslösen. Allerdings lässt die bivariate Darstellung noch keine abschließenden Folgerungen zu. Allein diese explorative Darstellungsweise kann aber bereits zur systematischen, qualitativen Evaluation von Kampagnen anregen. So könnte man z.B. der Frage nachgehen, warum Parteien-Issue-Effekte entsprechend der Hypothesen erwartet werden, in einem speziellen Wahlkontext aber offensichtlich nicht auftreten: Warum lässt sich z.B. beim Immigrations-Issue 2002 kein Effekt für die CDU/CSU feststellen, obwohl die Partei eindeutig als Vertreterin einer Beschränkung des Zuzugs von Ausländern wahrgenommen wurde – ebenso wie im Jahr 2009? Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) hatte sich betont zurückgehalten, in diesen Bereichen zu polarisieren, und stattdessen auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik gesetzt. Analog hatte die Union offensichtlich beim Kernenergie-Issue 2005 keinen Thematisierungserfolg – oder aber intendierte geradezu eine Nichtthematisierung, um ihre Wahlchancen nicht zu gefährden. Denn auch 2005 wurde sie recht eindeutig als Befürworterin dieser Technik gesehen – wenngleich ca. jeder fünfte ihrer Wähler tendenziell gegen diese Technologie war (siehe Thurner 2010). Bei der Evaluation von Thematisierungsstrategien müssen also auch Kontextbedingungen berücksichtigt werden, die eine Nichtthematisierung seitens einer Partei sinnvoll erscheinen lassen.

*Tabelle 2: Erwartungen und statistisch signifikante Befunde im Vergleich*

*[Tabelle 2 hier einfügen]*

Während Tabelle 2 eher impressionistische Evidenz liefert, prüft Tabelle 3 die Bewährung unserer drei Hypothesen 2 bis 4 auf Basis eines multivariaten binären Logitmodells. Die abhängige Variable ist das Auftreten eines statistisch signifikanten positiven Issue-Effekts bei einer Partei. Bei fünf Parteien und acht Issues ergeben sich für diese Analyse 40 Fälle. Die unabhängigen (Dummy-)Variablen indizieren

jeweils, ob es sich bei der betreffenden Partei bezüglich des analysierten Issues um eine polare Partei handelt, ob es sich um eine Oppositionspartei handelt und ob es eine kleine Partei ist (d.h. FDP, Grüne, Linke). Diese Auswertung bestätigt eindrücklich die häufig postulierte, bisher aber noch nicht überzeugend nachgewiesene Annahme, dass Polarisierungsstrategien die beste Gewähr für Issue-Reaktionen der Wähler bieten. Hypothese 2 wird durch unsere Analyse gestützt, denn das Merkmal „polare Partei bezüglich eines Positionsissue“ geht mit einer erheblich erhöhten Chance eines statistisch signifikanten parteispezifischen Koeffizienten einher. Zudem deuten das positive Vorzeichen und die Größe des Koeffizienten für die kleinen Parteien darauf hin, dass auch diese – entsprechend Hypothese 4 – eher auf Basis von Issue-Distanzen gewählt werden, und zwar mutmaßlich auf Grund ihrer Vermeidung ambivalenter Positionierungen. Der Status als Oppositionspartei spielt hingegen nach unseren Analysen keine Rolle für parteispezifisches Issue-Voting – der Koeffizient ist hier am kleinsten. Hypothese 3 ist demgemäß ebenso zurückzuweisen wie die Nullhypothese, dass die Bedeutung von Positionsissues für das Wahlverhalten nicht nach Parteien variiert (Hypothese 1).

*Tabelle 3: Bewährung der Hypothesen 2 bis 4 im multivariaten Test*

*[Tabelle 3 hier einfügen]*

## **7. Ausblick**

Unter Anwendung konditionaler Logitmodelle als adäquatem statistischem Verfahren hat die vorliegende Untersuchung den Beleg erbracht, dass Positionsissues im Sinne des räumlichen Modells des Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 beachtliche Bedeutung für die Wahlentscheidungen hatten. Als zentrales Ergebnis bleibt überdies festzuhalten, dass Issue-Voting parteispezifisch variiert. Die als Hypothese 1 formulierte Nullhypothese identischer Issue-Effekte für alle Parteien ist auf Basis unserer Befunde klar zurückzuweisen. Damit haben wir erstmals den Beleg erbracht, dass Issue-Wählen keineswegs im Hinblick auf alle Parteien gleichförmig erfolgen muss. Die Möglichkeit parteispezifischer Issue-Reaktionen der Wähler hat bislang keines der gegenwärtig in der Literatur diskutierten Modelle des auf Positionsissues bezogenen Issue-Voting in Betracht gezogen – weder Modelle räumlicher noch direktonaler Provenienz.

Wir haben darüber hinaus spezifische Hypothesen im Hinblick auf die Konditionalität von Issue-Voting getestet und dabei ein besonderes Augenmerk auf parteispezifische Aspekte gelegt. Besonders ausgeprägtes Issue-Voting wurde erwartet für Parteien, die bei einem Issue eine polare Position einnehmen, für Oppositionsparteien und für kleine Parteien. Insbesondere für die bezüglich bestimmter Issues polar positionierten Parteien waren bei den drei untersuchten Bundestagswahlen bedeutsame Effekte bezüglich der betreffenden Issues festzustellen. Unsere Ergebnisse haben erhebliche Implikationen für die zukünftige

theoretische und empirische Analyse des auf Issues bezogenen Parteienwettbewerbs und des darauf reagierenden Wahlverhaltens. Die zusätzliche Berücksichtigung der Heterogenität von Wählern und der intertemporale Vergleich über Parteiensysteme und Wahlen versprechen weitere wichtige neue Einsichten.

## Literatur

*Adams, James/Merrill III, Samuel/Grofman, Bernard*, 2005: A Unified Theory of Party Competition. Cambridge.

*Alvarez, R. Michael/Brehm, John*, 2002: Hard Choices, Easy Answers. Princeton.

*Ben-Akiva, Moshe E./Lerman, Steven R.*, 1985: Discrete Choice Analysis. Theory and Application to Travel Demand. Cambridge, Mass.

*Benoit, William*, 2007: Communication in Political Campaigns. New York.

*Budge, Ian/Farlie, Dennis J.*, 1983: Explaining and Predicting Elections. Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies. London.

*Carmines, Edward G./Stimson, James A.*, 1980: The Two Faces of Issue Voting, in: The American Political Science Review 74 (1), 78–91.

*Debus, Marc*, 2007: Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens in Deutschland bei den Bundestagswahlen 1987, 1998, und 2002. Eine Anwendung des Modells von Adams, Merrill, Grofman, in: Politische Vierteljahresschrift 48 (2), 269-292.

*Downs, Anthony*, 1957: An economic theory of democracy. New York.

*Eckstein, Gabriele/Pappi, Franz U.*, 1994: Die politischen Wahrnehmungen und die Präferenzen der Wählerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ein Vergleich, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen, 397-421.

*Enelow, James M./Hinich, Melvin J.*, 1984: The spatial theory of voting. An introduction. Cambridge.

*Falter, Jürgen W./Schoen, Harald* (Hrsg.), 2005: Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden.

*Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen*, 1994: Wählen als rationales Handeln. Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen, 305-364.

*Garding, Hartmut*, 1978: Rationalität oder Rationalisierung. Möglichkeiten und Wege der

Issueanalyse. Köln Universität Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Dissertation.

*Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen-Matthias*, 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: *Schmitt, Karl* (Hrsg.), *Wahlen, Parteiliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse*. Frankfurt am Main/New York, 5-63.

*Klein, Markus*, 2006: Die Verbundmessung von Politikpräferenzen im Vergleich mit dem Distanz- und dem Richtungsmodell des Wählens – empirische Befunde eines Methodenexperiments, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47, 595-617.

*Klingemann, Hans-Dieter/Taylor, Charles L.*, 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1977 (2/3), 301-347.

*Kriesi, Hanspeter/Sciari, Pascal*, 2004: The Impact of Issue Preferences on Voting Choices in the Swiss Federal Elections 1999, in: *British Journal of Political Science* 34 (4), 725-747.

*Küchler, Manfred*, 1994: Politische Streitfragen und Wahlentscheidung. Vereinigung als „neue“ Frage, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*. Opladen, 422-451.

*Kunz, Volker/Thaidigsmann, S. Isabell*, 2005: Die Relevanz von Themenorientierungen für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002, in: *Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 50-76.

*McFadden, Daniel*, 1974: Conditional Logit analysis of qualitative choice behavior, in: *Zarembka, Paul* (Hrsg.), *Frontiers in Econometrics*. New York, 105-142.

*McFadden, Daniel*, 1981: Econometric analysis of qualitative response models, in: *Griliches, Zvi, Intriligator, Michael D.* (Hrsg.), *Handbook of Econometrics Vol. II*. Amsterdam, 1395-1457.

*Pappi, Franz U.*, 1989: Räumliche Modelle der Parteienkonkurrenz. Die Bedeutung ideologischer Dimensionen, in: *Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans/Troitzsch, Klaus G.* (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung*. Frankfurt a.M., 5-28.

*Pappi, Franz U.*, 1992: Wahrgenommene Politikdistanzen zwischen Parteien und eigene Politikpräferenzen der Wähler. Die Anwendung eines räumlichen Modells der Parteienkonkurrenz auf das Parteiensystem in West- und Ostdeutschland, in: *Andreas, Hans- Jürgen/Huinink/Johannes/Meinken, Holger/Rumianek, Dorothea/Sodeur, Wolfgang/ Sturm, Gabriele* (Hrsg.), *Theorie, Daten, Methoden. Neuere Modelle und Verfahrensweisen in den Sozialwissenschaften*. München, 317-341.

*Pappi, Franz U./Shikano, Susumu*, 2001: Sachpolitik und Kompetenz als Beurteilungskriterien von großen und kleinen Wettbewerbern in deutschen Bundestagswahlkämpfen, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden, 309-350.

*Petrocik, John R.*, 1996: Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study, in: *American Journal of Political Science* 40, 825-850.

*Rabinowitz, George/MacDonald, Stuart Elaine*, 1989: A Directional Theory of Issue Voting, in: *The American Political Science Review* 83 (1), 93–121.

*Rattinger, Hans*, 1994: Parteineigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992, in: *Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang* (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt a.M., 267-315.

*Roller, Edeltraud*, 1998: Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung. Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Opladen, 173-219.

*Rusk, Jerrold G.*, 1987: Issues and Voting, in: *Long, Samuel* (Hrsg.), *Research in Micropolitics*. New York, 95–141.

*Schmitt, Hermann*, 1998: Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlauffragen zur Bundestagswahl 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Opladen, 173-219.

*Schmitt-Beck, Rüdiger*, 2008: Issue Voting, in: *Donsbach, Wolfgang* (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Communication*. Oxford/Malden, 2545-2547.

*Shikano, Susumu/Behnke, Joachim*, 2009: Issuewählen bei der Bundestagswahl 2005. Eine empirische Schätzung der Verlustfunktion der deutschen Wählerschaft, in: *Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, 251-266.

*Thurner, Paul W.*, 1998: Wählen als Rationale Entscheidung. Die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem. München.

*Thurner, Paul W.*, 2000: The Empirical Application of the Spatial Theory of Voting in Multiparty Systems with Random Utility Models, in: *Electoral Studies* 19 (4), 493-517.

*Thurner, Paul W.*, 2006: Modelle diskreter Entscheidungen, in: *Behnke, Joachim/Gschwend, Thomas/Schindler, Delia/Schnapp, Kai-Uwe* (Hrsg.), *Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden

*Thurner, Paul W.*, 2010: „Issue-Unentschiedene“ und „Issue-Inkonsistente“ als Targetpopulationen? Das Beispiel Kernenergie (1987-2005), in: *Faas, Thorsten/Arzheimer, Kai/Roßteutscher, Sigrid* (Hrsg.), *Information - Wahrnehmung - Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden, 333–353.

*Thurner, Paul W./Eymann, Angelika*, 2000: Policy-specific alienation and indifference in the calculus of voting. A simultaneous model of party choice and abstention, in: *Public Choice* 102, 51-77.

*Thurner, Paul W./Pappi, Franz U.*, 1998: Retrospektives und prospektives Wählen in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen. Die Bundestagswahl 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Wiesbaden, 113-143.

*Vries, Catherine E. de*, 2010a: EU Issue Voting. Asset or Liability? How European Integration Affects Parties' Electoral Fortunes., in: *European Union Politics 2010*, 11 (1), 89-117.

*Vries, Catherine E. de*, 2010b: The Issue Voting Triangle. How Issue Linkage, Issue Competition and Issue Mobilization Facilitate Issue Voting. Unpubl. Paper.

*Vries, Catherine E. de/Tillman, Erik R.*, 2011: European Union issue voting in East and West Europe. The role of political context, in: *Comparative European Politics* 9 (1), 1-17.